

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

125. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 22. September 2004

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Äußerungen von Bundesminister Schily zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Antrag auf Verbot der NPD**

11417 B

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesinnenminister Schily hat das Verfassungsgericht dafür verantwortlich gemacht, dass die NPD heute im Sächsischen Landtag sitzt.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das hat er nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Als ich diese Meldung der Agenturen las, fragte ich mich: Was ist das? Hat einer der wichtigsten Bundesminister, der Bundesinnenminister, einen Blackout? Leidet er an Erinnerungsschwäche oder ist das nur ein typischer Otto Schily in Zuspitzung?

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Sie können es besser!)

Denn es gab einen Hauptverantwortlichen dafür – wir sollten uns daran erinnern –, dass das NPD-Verbotsverfahren so ausgegangen ist, wie es ausgegangen ist: Es wurde eingestellt. Zur Erinnerung: Am Anfang stand eine gemeinsame Verbotsklage des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung. Die erste Klageschrift der Bundesregierung war schlecht; auch darüber haben wir miteinander debattiert. Dann wurde auf Bundesebene und in mehreren Bundesländern eine V-Mann-Affäre nach der anderen ruchbar. Schließlich waren die Alternativen übersichtlich: Entweder werden die V-Leute in der NPD gedeckt, dann droht das Verbotsverfahren zu scheitern. Oder man will, dass das Verbotsverfahren zu Ende geführt und in der Sache entschieden wird, dann musste das Agieren der V-Leute vor Gericht belegt werden. Bundesinnenminister Otto Schily und seine Länderkollegen, zum Beispiel Herr Beckstein und Herr Schönbohm, entschieden sich damals für die V-Leute und damit gegen die Fortführung des NPD-Verbotsverfahrens.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die aktuelle Debatte und das Zitat ärgern mich aber noch aus einem anderen Grund: Sie verkürzen den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf ein Gerichtsurteil und auf eine Hülle.

(Beifall der Abg. Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD]: Davon kann doch nicht die Rede sein!)

Richtig ist: Die NPD genießt im Moment als Partei Privilegien. Ebenso richtig ist: Gäbe es die NPD als Partei nicht, dann hätte sie auch nicht in den Sächsischen Landtag gewählt werden können.

(Zurufe von der SPD: Genau! Sehr richtig!)

Aber um das zu erkennen, muss man nicht Bundesminister sein. Entscheidend ist: Der NPD und den anderen rechtsextremen Parteien, Kameradschaften und Vereinen muss der Nährboden und die Gefolgschaft entzogen werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das ist die eigentliche demokratische Herausforderung an die Zivilgesellschaft.

(Sebastian Edathy [SPD]: Genau! Da sind wir uns einig!)

Deshalb möchte ich Ihnen hier im Plenum einen Vorwurf nicht ersparen: Die NPD und die PDS wurden in der vergangenen Haushaltsdebatte, aber auch in der aktuellen Auseinandersetzung beispielsweise um Hartz IV von fast allen Fraktionen in einen Topf geworfen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Von wem? Von uns nicht!)

Damit haben Sie die Menschen, die im KZ gesessen haben und jetzt der PDS nahe stehen, schwer beleidigt und die NPD in den Auseinandersetzungen verharmlost. Das wichtige Bündnis der Anständigen und Zuständigen, wie es noch vor wenigen Jahren hieß, ist dadurch gefährdet. Ich finde, so kurzfristig darf man auch in Wahlkampfzeiten und harten politischen Kontroversen nicht denken.

Insofern sollten wir, wenn es um die Schlussfolgerung geht, nicht nur den Aufstand der Anständigen heraufbeschwören, sondern uns als Zuständige nicht nur, aber auch in den Haushaltsberatungen zu dieser Verantwortung bekennen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Sebastian Edathy von der SPD-Fraktion.